

Leipzig, 23/11/2006

**Pressemitteilung
Initiative „Stoppt den Verkauf des Volkshauses
Leipzig!“**

----- Text-----

**Teilerfolg im Kampf um das Leipziger
Volkshaus**

**Leipziger Gewerkschaftsbasis protestiert in Berlin gegen
den Verkauf**

Am Mittwoch, dem 22.11.2006, reisten 50 Leipziger Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter zu einem unangemeldeten Besuch des DGB- Bundesvorstands nach Berlin. Sie hatten die Absicht, mit dem geschäftsführenden DGB- Bundesvorstand ins Gespräch zu kommen. Ziel war es, die Rücknahme der Verkaufsabsichten für das Volkshaus Leipzig zu erwirken.

Empfangen wurden die Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter vom geschäftsführenden Vorstandsmitglied Claus Matecki sowie Norbert Haak, Bereich Finanzen. Sie standen den unangemeldeten Besucherinnen und Besuchern Rede und Antwort bezüglich des geplanten Verkaufs.

In zweistündigen kontroversen Diskussionen wurden die unterschiedlichen Standpunkte deutlich. „Das Volkshaus ist für uns LeipzigerInnen ein wichtige Basis für aktive und unabhängige Gewerkschaftsarbeit. Wir lassen unsere Geschichte nicht verhökern!“ so Edda Möller von der Initiative „Stoppt den Verkauf des Leipziger Volkshauses!“. Claus Matecki versprach den Angereisten, ihr Anliegen erneut mit seinen zuständigen Kollegen zeitnah zu besprechen. Diese Ergebnisse würden dann schnellstmöglich übermittelt.

„Eins muss euch klar sein, wir werden weiter für den Erhalt des Volkshauses kämpfen!“, so Simone Schulze (Initiative „Stoppt den Verkauf des Leipziger Volkshauses!“) zum Abschied im DGB- Bundesvorstand. Der Kampf der Initiative wird weitergehen, bis der Erhalt des Leipziger Volkshauses durchgesetzt ist, darin waren sich die angereisten Leipziger und Leipzigerinnen einig.

Die Fahrt nach Berlin wurde notwendig, da bei der außerordentlichen DGB-Regionsdelegiertenkonferenz am 07.11.06 in Leipzig keiner der eingeladenen Aufsichtsratsmitglieder der BGAG (Beteiligungsgesellschaft der DGB-Gewerkschaften) erschienen war. Diese haben die Entscheidung über den Verkauf des Leipziger Volkshauses getroffen und zu verantworten. Die Initiative erzwang mit der Fahrt nach Berlin eine Stellungnahme wenigstens eines Aufsichtsratsmitglieds – Claus Matecki.

Seit bekannt wurde, dass der DGB plant, etliche Gewerkschaftshäuser zu verkaufen, formiert sich vor allem in Leipzig Widerstand. Viele Mitglieder, Verbände, Vereine, Parteien, Initiativen und Kirchenvertreter schrieben bereits Protestbriefe,

sammelten ca. 1700 Unterschriften oder riefen direkt in Berlin an, um den Verkauf des Leipziger Volkshauses abzuwenden.

Außer dem Leipziger Haus sind Objekte in Dresden, Chemnitz, Zwickau, Bautzen, Jena, Suhl, Magdeburg, Cottbus, Rostock und Hannover von den Verkaufsplänen betroffen.

----- Text Ende -----

Für Rückfragen stehen Edda Möller (0170/56 444 39) und Steffen Reißig (0170/54 131 54) telefonisch zur Verfügung.